

Kleine Anfrage

der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE

und

Antwort

des Sozialministeriums

Würdigung von Leistungen von Frauen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. wie viele Städte und Gemeinden haben seit Beginn der Laufzeit des Förderprojektes des Landes „Leistungen von Frauen in Baden-Württemberg sichtbar machen“ im Juli 2001 von der Fördermöglichkeit Gebrauch gemacht;
2. wie viele Frauen konnten durch öffentliche Hinweistafeln auf ihr Wirken und ihre Verdienste durch das Programm bisher gewürdigt werden;
3. in welchen gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, politischen oder anderen Bereichen und in welcher Zeit waren die bisher gewürdigten Frauen überwiegend tätig;
4. wie hat die Landesregierung die Städte und Gemeinden auf die Fördermöglichkeiten durch das Projekt hingewiesen;
5. wer hat in den Städten und Gemeinden, die die Fördermöglichkeiten bereits in Anspruch genommen haben, erfahrungsgemäß die Koordination sowie die zeitintensive und mit Kosten verbundene Recherche und Umsetzung – von Bildrechten bis Klärungen mit Denkmalsbehörden und Hausbesitzer/-innen – übernommen;
6. konnten die unter Finanzierungsvorbehalt bewilligungsfähigen Fördermittel in Höhe von 25.564,59 Euro pro Jahr bisher in vollem Maße ausgeschöpft werden und sind ggf. nicht abgerufene Mittel auf das Folgejahr übertragbar;
7. gibt es eine Stadt oder Gemeinde, die die pro Kommune festgesetzte Höchstgesamtfördersumme von 5.112,92 Euro bereits ausgeschöpft hat;
8. in welcher Weise gedenkt die Landesregierung selbst tätig zu werden, das Wirken besonders engagierter Frauen auch in und an Gebäuden des Landes und seiner Verwaltung sichtbar zu machen.

06. 03. 2003

Lösch GRÜNE

Begründung

Die Frauenbeauftragte der Landesregierung hat 2001 ein vorerst bis Ende 2003 befristetes Projekt zur Würdigung von Leistungen von Frauen in Baden-Württemberg initiiert, durch das Städte und Gemeinden animiert werden sollen, mit Gedächtnis- und Hinweistafeln besondere Verdienste von Frauen sichtbar zu machen.

Es muss dafür Sorge getragen werden, dass möglichst viele Städte und Gemeinden in allen Regionen des Landes von der Landesförderung Gebrauch machen können. Auch die Landesregierung selbst soll sich dem Ziel, Frauenwirken in der Öffentlichkeit sichtbar und bewusst zu machen, verpflichten.

Antwort

Mit Schreiben vom 26. März 2003 Nr. 61-0141.5/13/1862 beantwortet das Sozialministerium namens der Landesregierung die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. wie viele Städte und Gemeinden haben seit Beginn der Laufzeit des Förderprojektes des Landes „Leistungen von Frauen in Baden-Württemberg sichtbar machen“ im Juli 2001 von der Fördermöglichkeit Gebrauch gemacht;

Mit dem Projekt „Leistungen von Frauen in Baden-Württemberg sichtbar machen“ verfolgt die Landesregierung das Ziel, in Zusammenarbeit mit Kommunen herausragende Leistungen von Frauen im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und stärker in das allgemeine Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

Seit Beginn des Förderprogramms haben 8 Städte einen Zuschuss beantragt.

2. wie viele Frauen konnten durch öffentliche Hinweistafeln auf ihr Wirken und ihre Verdienste durch das Programm bisher gewürdigt werden;

Mit dem Programm konnten bisher das Wirken und die Verdienste von insgesamt 37 Frauen in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.

3. in welchen gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, politischen oder anderen Bereichen und in welcher Zeit waren die bisher gewürdigten Frauen überwiegend tätig;

Die Tätigkeitsbereiche der bisher gewürdigten Frauen in den Kommunen und deren vielfältiges Engagement sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Kommune	Gedächtnistafel für	Wirkungsbereich
Baden-Baden	<ul style="list-style-type: none"> - Emma Herwegh (1817 – 1904) - Adolphine Herpp (1845 – 1923) - Luise Adolpha Le Beau (1850 – 1927) - Rosel Heim (1902 – 1992) - Leonore Mayer-Katz (1912 – 1988) 	Politik Kultur Kultur Wirtschaft Wirtschaft
Calw	<ul style="list-style-type: none"> - Maria Andreä (1550 – 1632) - Else Conz (1875 - 1969) - Julie Gundert (1809 – 1885) - Agnes Sapper (1852 - 1929) - Emilie Uhland (1799 – 1881) 	Soziales Politik Gesellschaft Kultur Kultur
Esslingen	<ul style="list-style-type: none"> - Dr. Karoline Breitingen (1851 – 1932) - Marie von Brunnnow (1826 – 1911) - Mathilde Erfurt (1847 – 1929) - Elise Henle (1831 – 1892) - Wilhelmine Rothschild (1902 – 1991) - Paula Rueß (1902 – 1980) - Eugenie von Soden (1858 – 1930) - Anna Schieber (1867 – 1945) - Helene Steinmetz (1910 – 1966) 	Wissenschaft Politik Kultur Kultur Soziales Politik Gesellschaft Kultur Politik
Esslingen	<ul style="list-style-type: none"> - Amalie Volz (1878 – 1962) 	Soziales
Leutkirch	<ul style="list-style-type: none"> - Katharina Sulzer-Neuffer (1778 – 1858) 	Soziales
Lörrach	<ul style="list-style-type: none"> - Helene Siegfried-Aichele (1867 – 1966) - Lisa Rees-Stier (1872 – 1976) - Minna Vortisch (1874 – 1976) 	Kultur Soziales Politik
Pforzheim	<ul style="list-style-type: none"> - Catharina Vierordt (18. Jahrhundert) - Bertha Benz (1849 – 1944) - Edith Trautwein (1882 – 1967) - Lore (Laura) Perls (1905 – 1990) 	Wirtschaft Wirtschaft Politik Gesellschaft

Kommune	Gedächtnistafel für	Wirkungsbereich
Ulm	- Sammlungsschwestern (ca. 1230 – 1802)	Soziales
	- Adelheit von Sulmetingen (1330 – 1400)	Soziales
	- Ulmer Metzgerinnen (15. Jahrhundert)	Wirtschaft
	- Agathe Streicher (ca. 1530 – 1581)	Gesellschaft
	- Maria Holl (geb. ca. 1549)	Gesellschaft
	- Anna Kühn (1623 – 1678)	Wirtschaft
	- Martha Mohrweiß (1834 – 1914)	Soziales
	- Agnes Schultheiß (1873 – 1953)	Politik
Winnenden	- Marie Huzel (1856 – 1946)	Soziales

4. wie hat die Landesregierung die Städte und Gemeinden auf die Fördermöglichkeiten durch das Projekt hingewiesen;

Seitens der Landesregierung wurde der Städte- und Gemeindetag Baden-Württemberg über die Ausschreibung unterrichtet und gebeten, die Kommunen in geeigneter Weise zu informieren. Darüber hinaus wurde in der Presse und auch in der Publikation „AKTIV – Frauen in Baden-Württemberg“ über die Ausschreibung informiert.

5. wer hat in den Städten und Gemeinden, die die Fördermöglichkeiten bereits in Anspruch genommen haben, erfahrungsgemäß die Koordination sowie die zeitintensive und mit Kosten verbundene Recherche und Umsetzung – von Bildrechten bis Klärungen mit Denkmalsbehörden und Hausbesitzer/-innen – übernommen;

Bei den geförderten Kommunen lag die Koordination und Umsetzung der Projekte bei folgenden Fachbereichen bzw. Personen:

Beim Bauverwaltungsamt bzw. Amt für Bauwesen (2), bei der Frauenbeauftragten (3), beim Hauptamt (1), beim Fachbereich Stadtentwicklung und Umwelt (1) und beim Fachbereich Medien und Kommunikation (1).

6. konnten die unter Finanzierungsvorbehalt bewilligungsfähigen Fördermittel in Höhe von 25.564,59 Euro pro Jahr bisher in vollem Maße ausgeschöpft werden und sind ggf. nicht abgerufene Mittel auf das Folgejahr übertragbar;

Die bereitgestellten Fördermittel wurden nicht voll ausgeschöpft. Sie sind auch nicht auf das Folgejahr übertragbar. Für das Jahr 2003 stehen für das Projekt 25.564,59 Euro im Haushalt zur Verfügung.

7. gibt es eine Stadt oder Gemeinde, die die pro Kommune festgesetzte Höchstgesamtfördersumme von 5.112,92 Euro bereits ausgeschöpft hat;

Bisher wurde von einer Stadt die maximale Fördersumme in Höhe von 5.112,92 Euro beantragt und bewilligt.

8. in welcher Weise gedenkt die Landesregierung selbst tätig zu werden, das Wirken besonders engagierter Frauen auch in und an Gebäuden des Landes in seiner Verwaltung sichtbar zu machen.

Die Ausschreibung „Leistungen von Frauen in Baden-Württemberg sichtbar machen“ ist ein Projekt im Rahmen des Aktionsprogramms der Frauenbeauftragten der Landesregierung „Top-Themen der Frauenpolitik“.

Während die Ausschreibung „Leistungen von Frauen sichtbar machen“ das Wirken von Frauen aus den unterschiedlichen Epochen öffentlich sichtbar macht, konzentriert sich ein weiteres Projekt – die Internetausstellung „51-prozent.de“ auf Frauen aus der jüngeren Zeitgeschichte. Mit beiden Projekten wird der Bekanntheitsgrad herausragender Frauen gesteigert. Zudem werden damit auch Anregungen gegeben, die für die Namensfindung z. B. von Schulen, Straßen und Gebäuden genutzt werden können.

In Vertretung

Lichy

Staatssekretärin